



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Türkei-Beitritt gegen den Willen der Bürger Europas!

Wie wenig das Herrschaftssystem EU mit Demokratie zu tun hat, wurde beim Beschluß der Aufnahme offizieller Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober selbst für bisher noch EU-Gläubige ganz offenkundig. Alle Politiker und deren Hintermänner wissen ganz genau, daß die große Mehrheit der Bürger Europas gegen den EU-Beitritt der Türkei ist, trotzdem wird er von den Chefetagen einstimmig beschlossen.

Die Bürger-Ablehnung der Aufnahme eines zu 97% **nicht** in Europa gelegenen Großstaates geht seit Jahren aus allen Umfragen hervor, sogar aus den von der EU selbst in Auftrag gegebenen, regelmäßigen europaweiten Meinungsumfragen. Das letzte derartige "Eurobarometer" vor dem 3. Oktober ergab im Juli 2005, daß die Zustimmung zum Türkei-Beitritt im Durchschnitt aller 25 dzt. EU-Mitgliedstaaten bei nur 35 Prozent liegt, in Österreich beträgt sie nur zehn Prozent!

Im Vordergrund: Konzerninteressen

Die scheinheilige "Wertediskussion" ist ein völlig substanzloses Ablenkungsmanöver. Es geht dem politischen "Europa" weder um religiöse noch allgemein-ethische Werte, zu denen die Türkei angeblich "hingeführt" werden soll. Schon die Art dieser Argumentation entlarvt die Kolonialherren-Mentalität des "freien"(?) Westens. Als ob diese

Werte im öffentlichen Leben (Massenmedien) bei uns noch eine nennenswerte Rolle spielen würden...

In Wahrheit geht es um beinharte industriepolitische Handels- und Rohstoffinteressen der Großkonzerne. Der Großstaat Türkei mit dzt. über 70 Millionen Einwohnern und starkem Bevölkerungswachstum soll durch den EU-Beitritt und die damit verbundene "**grenzenlose Marktöffnung**" für die Weltkonzerne noch leichter zugänglich und lukrativer werden. In diesem Riesenmarkt hat noch nicht jeder Haushalt ein oder zwei Autos und die gesamte Palette der Durchtechnologisierung aller Lebensbereiche vom jeweils neuesten Computerdesign bis zum fotografierenden Handy usw. usf. Der Aufbau der dafür nötigen Infrastruktur wird die Gewinne der Konzerne auf Jahrzehnte hinaus weiter steigen lassen.

Deshalb "spüren" die Politiker aller Länder wie von diesen Kreisen gewünscht. Die plötzlichen "Bedenken" des offiziellen Österreich, das seit Jahr(zehnt)en alle Türkei-Beschlüsse der EU voll unterstützt, sind nur "Theaterdonner" zwecks

Wählertäuschung, damit die Politiker von den willfährigen Massenmedien wieder einmal als vermeintliche "Helden" hingestellt werden können.

Die diesem Zweck dienende "Hinhaltetaktik" der Außenministerin war nicht mehr als ein **Strohfeuer**, das sie selbst schon zwei Tage danach durch die Mittragung des Türkei-Beschlusses auch durch "Österreich" wieder erstickte. Wäre sie wirklich ernst gemeint gewesen, hätte man daran - wie schon bei den Sanktionen gegen Österreich im Jahr 2000, bei diversen Transit-, Gentechnik- u.a. Beschlüssen der EU gegen Österreich - zum wiederholten Male gesehen, wie **irreführend** das Haupt-Werbeschlagnwort für den EU-Beitritt vor der Volksabstimmung von 1994 gewesen war. Damals hieß es "Gemeinsam statt Einsam"...

Aus der zum wirtschaftlichen, sozialen, ökologischem und kulturellem Überleben der Völker notwendigen VIELFALT ist ein DIKTAT WENIGER ÜBER ALLE und damit eine kolossale Verarmung in jeder Hinsicht dieses Wortes geworden!

Ausverkauf der österreichischen Post

Seite 3

Gedanken zum Nationalfeiertag

Seite 2

Die EU kann nicht rechnen

Seite 4-6

Was ist die Flat Tax?

Seite 7

"Wien ist gefallen."

Das war die Titelschlagzeile einer der auflagenstärksten Tageszeitungen in der Türkei und zeigt deutlich, was die Machteliten mit dem EU-Beitritt des NATO-Staates Türkei bezwecken. Wäre der Verhandlungsaufnahmebeschluß für den Beitritt am 3. Oktober nicht zustande gekommen, hat das türkische Massenblatt schon vorher damit gedroht, am nächsten Tag ein ganzseitiges Hitler-Bild auf der Vorderseite zu bringen mit der Schlagzeile "Wieder der selbe Ungeist!"

(Quelle: ORF-Teletext)

Den Preis dafür werden Europäer und Türken zahlen!

Die Leidtragenden werden hier wie dort die "normalen" Bürger sein. Die einen verlieren ihre Heimat im geografischen Sinn, die anderen in geistig-kultureller Hinsicht. Wirtschaftlich werden alle verlieren, dafür werden die Konzerne mit ihren Gewinn maximierungs-Strategien (= Lohn- und Sozialabbau) schon sorgen.

"EU killt Ostbetriebe -

Chance für Österreich" titelte schon im Jahr 2004 die "Wirtschaftswo-

che". So sehen die vielgerühmten Exporterfolge in Wahrheit aus. Eine solche "Wirtschaft" brauchen aber weder die Bürger Österreichs noch die in den "Oststaaten". Sie schädigt uns beide!

Und auch in der Türkei, in der noch ein Drittel der Bevölkerung (25 Millionen) **Kleinbauern** sind, werden - wie bei uns - vor allem diese unter die EU-Räder kommen und damit die Lebensmittelqualität für das ganze Volk.

In nur 10 Jahren mußten überall in der EU fast die Hälfte (!) aller MILCHBAUERN aufgeben, wie nachfolgende Zusammenstellung aus den Mitteilungen des UBV, des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes (nicht zu verwechseln mit dem ÖVP-Bauernbund), zeigt:

Milchbauernsterben in der EU 1995:2005 (in %)

Belgien	-40	Deutschland	-46
Spanien	-72	Irland	-44
Luxemburg	-34	Österreich	-42
Finnland	-50	Großbritannien	
Dänemark	-54		-44
Frankreich	-40	Griechenland	-70
Holland	-42	Italien	-63
Schweden	-50	Portugal	-68

Buchhinweis:

"Die Türken kommen! Sprengstoff für Deutschland und Europa."

Unter diesem etwas reißerischen Titel bietet der Autor Gerhoch REISEGGER eine sehr fundierte Analyse für anspruchsvolle Interessierte an diesem Thema, die dennoch leicht lesbar und gut dokumentiert ist. In Bezug auf den EU-Beitritt beschreibt Reisegger ausführlich die Fernziele der diesbezüglich zielstrebig handelnden USA: die utopische "Endlösung" einer "One World", beruhend auf der "global governance" = Weltherrschaft der Vereinigten Staaten. Reisegger geht dabei den historischen Wurzeln dieses "Endzustandes der Welt" nach, die bereits in der französischen sowie marxistisch-leninistischen "Revolution" in Rußland vorgeformt wurden. "Permanent war for permanent peace", diese schreckliche und heute weitgehend bereits eingetretene, damalige "Vision" ist der Schlüssel zur heutigen Gesamtlage. Sie wird nur dann nicht grausame Wirklichkeit werden, wenn immer mehr Menschen sich darüber informieren und Alternativen dazu aufbauen können. Denn: WISSEN IST MACHT! Das im Jänner 2005 herausgekommene Buch (397 Seiten, ISBN 3-89180-74-6, Preis 17,50 Euro plus Versandkosten) ist im Hohenrain-Verlag Tübingen erschienen und kann im Buchhandel, beim Autor direkt (4600 Thalheim bei Wels, Ottstorferstr. 1) oder per beiliegendem Erlagschein bei uns bestellt werden.

Gedanken zum Nationalfeiertag



Weithin sichtbare österreichische Fahne auf der Spitze eines auf einem Hügel in der Oststeiermark stehenden Wohnhauses. Die kinderreiche Familie des Besitzers sorgt ganz bewußt dafür, daß die Fahne das ganze Jahr über zu sehen ist. Auch das ist eine Möglichkeit zu zeigen, wo man steht und was einem wichtig ist!

Am 26. Oktober 1955 beschloß das Parlament per Bundesverfassungsgesetz die **NEUTRALITÄT** Österreichs. Diese wurde in der Folge so sehr zu einem anerkannten Teil des nationalen Selbstverständnisses, daß 1967 zum Gedenken an den Tag des Beschlusses der Neutralität dieser zum jährlichen Nationalfeiertag erklärt wurde. Die Präsenzdiener des österreichischen Bundesheeres werden seither nicht nur zur Landesverteidigung, sondern auch auf die Verteidigung der Neutralität angelobt. Seit dem EU-Beitritt steht dieses Bekenntnis aber nur mehr am Papier; das Bundesheer wird Schritt für Schritt in die EU-Kampftruppen eingegliedert, die für Einsätze im Umkreis von viertausend Kilometern, also bis in den Nahen

Osten, Afrika und Asien aufgestellt werden. Laut einem neuen Strategiepapier ist das Ziel die weltweite (!) Einsatzfähigkeit "zur Sicherung der Handelswege und Rohstoffe." Das ist genau das Gegenteil von Landesverteidigung und Neutralität! So ist es kein Zufall, daß die grünen Uniformen der österreichischen Gendarmerie nun alle (!) auf blaue Uniformen ausgetauscht werden; dies ist nämlich die Farbe der NATO-Uniformen...

Freiheit, Selbstbestimmung, Neutralität können wir nur bei einem Austritt aus der EU zurückgewinnen. Denn:

**"Was man nicht aufgibt,
hat man nie verloren."**

Friedrich Schiller

DER AUSVERKAUF ÖSTERREICHS

nun auch unsere POST

Daß die schwarz-orange Bundesregierung und davor auch die rot-schwarze nur durch den systematischen Verkauf unseres Staatsvermögens die EU-Stabilitätskriterien bzgl. Neuverschuldung erreicht hat, ist ein offenes Geheimnis. Steyr-Werke, VOEST, VA-Tech, Austria Tabak, Salinen, Staatsdruckerei, der Großteil der Telekom Austria AG usw. wurden verkauft – direkt an ausländische Großkonzerne oder über die Zwischenstufe von Volksaktien ebenfalls letztlich an ausländische Großkonzerne.

Nun soll nach dem Willen von Vizekanzler Hubert Gorbach (BZÖ), Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (ÖVP) und Finanzminister Karlheinz Grasser auch die Post AG verkauft werden.

Das wäre dann der Abschluß der systematischen Demontage der früher gut funktionierenden österreichischen Post. Diese war seit über 280 Jahren (staatliches Postregal 1722) im Staatsbesitz. **Durch die EU-Vorschriften zur Liberalisierung der Märkte** mußte die Post ab 1996 von einem Bundesbetrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden und privatwirtschaftlich agieren.

Im Jahr 2002 wurden von den damals 2.350 Postfilialen (den früheren Postämtern) 626 geschlossen, bis 2005 nochmals 84. Im ersten Halbjahr 2006 werden nun weitere 310 Postfilialen geschlossen. D.h. **innerhalb von nur 4 Jahren sind** dann 1.020 Postfilialen, das sind **43,4% verschwunden**. Welche Auswirkungen das auf die Infrastruktur ganzer Gegenden hat, kann man sich vorstellen. Der anfangs groß propagierte Ersatz durch Postabteilungen in lokalen Geschäften ist meist rasch wieder verschwunden.

Gleichzeitig wurden bei den verbleibenden Postfilialen die Öffnungszeiten **dramatisch eingeschränkt** (früher gab es alleine in

Wien 5 Postämter, die rund um die Uhr offen hatten. Heute schließt die letzte Filiale um 22 Uhr) und die Qualität und das Tempo der Zustellung sind um Größenordnungen schlechter geworden. Das ist auch kein Wunder, denn die ausgebildeten Postbeamten wurden und werden konsequent durch billigere, nur oberflächlich angelehrte Hilfskräfte ersetzt.

Gleichzeitig wurde die **Zahl der Mitarbeiter um 26 % reduziert** (von 1999-2004 sank die Beschäftigtenzahl von 33.000 auf 24.269 Vollzeitbeschäftigte).

Und schließlich stiegen die Posttarife sprunghaft an. Die österreichische Post ist im Vergleich eine der teuersten. Ein Standardbrief innerhalb der EU kostet in Italien 41 Cent, in Spanien 53 Cent, in Österreich aber 55 Cent.

Die Demontage des Filialnetzes, die drastische Einschränkung der Öffnungszeiten, der dramatische Abbau von Mitarbeitern und die Verteuerung der Postdienstleistungen hatte nur ein Ziel: Die Gewinne sollten in die Höhe getrieben werden und der Verkaufswert der Post damit gesteigert.

Dabei ist die Post längst profitabel und hat im Jahr 2004 40 Mill. Dividende an den Staat abgeliefert (2003: 36 Mio. Euro, 2002: 36,2 Mio. Euro, 2001: 29,1 Mio. Euro).

Trotzdem soll sie nun verkauft werden – und wird entweder direkt oder über die Vorstufe der Volksaktien letztlich an einen ausländischen Konzern gehen.

Ein früher gut funktionierender Versorgungsbetrieb, der für die gesamte Republik eine zentrale Rolle spielt, wurde also auf Grund der unseligen Weisung der EU in eine schlecht funktionierende, aber profitable Firma umgewandelt, deren Gewinne schon bald einer der internationalen Postgiganten (Deutsche Post, Französische Post

oder US-Post) einstreichen wird. Der **eigentliche Eigentümer, die österreichische Bevölkerung, ist also in dreifacher Hinsicht der Verlierer** (schlechtere Versorgung, weniger Arbeitsplätze, teurere Dienste). Einige Spitzenmanager und schon bald ein Großkonzern sind die Gewinner. Zu den Gewinnern gehören auch die Chefs der Werbe- und Medienwirtschaft. Denn bei der alten staatlichen Post war **keine Werbung notwendig**, nun aber ist das ein gewaltiger neuer Markt geworden, den natürlich die Postkunden mitbezahlen müssen. Es ist also kein Wunder, daß die großen Medien die Liberalisierung bejubeln und schönreden. Sie profitieren ja massiv davon!

Noch einen zweiten verheerenden Effekt hätte ein Verkauf der Post. Ein ausländischer Konzern hätte sicher kein Interesse an der flächendeckenden Postversorgung Österreichs und würde sich auf die profitablen Ballungsräume konzentrieren. Er wäre ja auch an keinen Versorgungsauftrag mehr gebunden. Das wäre ein **weiterer schwerer Schlag für unsere ländlichen Regionen und deren Wirtschaft**. Und schließlich könnte sich ein privater Postkonzern ja auch seine Kunden aussuchen. Er könnte Kritiker seiner Handlungsweisen ganz einfach von der Postbeförderung ausschließen und damit mundtot machen. Denn es gibt kein anderes Postunternehmen in Österreich, das ihm ernsthaft Konkurrenz machen könnte. Das ist ähnlich wie beim ORF, der trotz der Zulassung von Privatsendern noch immer das de facto-Monopol in Österreich hält. Dieser neue Posteigentümer, egal ob seine Zentrale nun in Berlin, Paris oder New York sein würde, wäre also schlagartig Inhaber einer gewaltigen Machtfülle **und könnte Wirtschaft und Politik in Österreich beliebig steuern**.

Die EU wird scheitern, denn sie kann nicht sachgerecht rechnen.

von Gerhard Margreiter

Es ist immer davon die Rede, daß uns die EU „nur“ 1% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) koste, genauer, daß es sich dabei um Bruttozahlungen handle, und später dann auch wieder etwas zurückkomme.

Diese 1% des BIPs erscheinen dem Normalverbraucher recht preiswert und fast vernachlässigbar zu sein.

Leider haben die Verkünder dieser 1%-Kosten aber in der Schule nicht aufgepasst, als man ihnen sagte, daß man **Äpfel nicht mit Birnen vergleichen** und Bananen nicht durch Elefanten dividieren darf.

Was die EU-Länder der Zentrale geben oder überlassen (z.B. Zolleinnahmen) ist doch **Geld**. Das Bruttoinlandsprodukt ist aber die Summe der **Waren** und Dienstleistungen, die in einem Jahr erzeugt und verkauft wurden. Es werden jedoch keine Waren und keine Dienstleistungen an die EU gegeben, sondern ausschließlich Geld.

Bei der obigen Aussage werden gänzlich verschiedene Dinge miteinander verglichen, nämlich Geld mit erzeugten Gütern. Güter entstehen durch Arbeit (und werden meist anschließend verbraucht), Geld aber entsteht (volkswirtschaftlich gesehen) niemals durch Arbeit und verbraucht sich durch seinen Umlauf auch nicht.

Somit ist es ein schwerer Fehler, das Richtung EU-Zentrale abfließende und nicht mehr zurückkommende Geld mit der Jahregüterproduktion in Relation zu setzen.

Richtigerweise muß das abfließende Geld mit dem überhaupt vorhandenen Geld verglichen

werden und dann sieht die Sache bereits viel bedrohlicher aus.

Wie groß ist die umlaufende Geldmenge?

Es ist nun zugegebenermaßen im gegenwärtigen Geldsystem ziemlich schwierig festzustellen, wie viel Geld denn nun tatsächlich in der Wirtschaft umläuft. Aber nur dieses Geld kann der Staat üblicherweise als Steuer einnehmen, und es dann weitergeben.

Die häufige Behauptung, daß sich das umlaufende Geld aus der Giralgeldmenge bei den Banken plus der ausgegebenen Bargeldmenge (weniger das in den Tresoren der Banken befindliche) [„M1“] ermitteln ließe, steht auf recht wackeligen Beinen.

Es weiß nämlich niemand, wie viel an Bargeld und wie viel an Bankengeld einfach nicht bewegt wird. Dies kann auch dadurch geschehen, weil es gar nicht mehr im Lande ist. In der gegenwärtigen Niedrigzinsphase ist anzunehmen, daß dies recht bedeutende Beträge sind, und daß viele Euros heute ohnedies am Balkan oder in der Türkei kursieren oder gehortet sind, steht auch außer Frage. Wegen der typischerweise hohen Inflationsraten der lokalen Währungen bietet sich der stabile Euro als Hortungsmittel an.

Es gibt aber dennoch eine recht einfache Methode, die Größenordnung der Umlaufgeldmenge abzuschätzen. Nachdem praktisch alle Unselbständigen heute ihren Lohn/ihr Gehalt monatlich bekommen und anschließend immer ein Monat Zeit bleibt, es wieder auszugeben, und auch die Steuern normalerweise monatlich zu entrichten sind, kann man davon ausgehen,

daß das bewegliche Geld etwa zwölfmal im Jahr jeweils weiter bewegt wird, wodurch das Jahres-BIP entsteht.

Es ist somit keine ganz aus der Luft gegriffene Abschätzung für das umlaufende Geld, wenn man es als BIP/12 ansetzt. Die andere Abschätzungsmethode (mit M1) ergibt – je nach Zeitraum – BIP/5 bis BIP/7, was jedoch zu hoch gegriffen ist.

Somit ist zu korrigieren:

An die EU fließen Bruttobeträge in der Größenordnung von 12% unseres Geldes.

Kommt anschließend bei einem Nettozahler die Hälfte wieder zurück (Deutschland fällt in Zukunft etwa in diese Kategorie), dann sind **6% der Geldmenge** abgeflossen. Fehlen 6% der Geldmenge, so ist mit einem 6%igem Schrumpfen des BIP zu rechnen!

Nun praktizieren die meisten Staaten jedoch bereits seit 30 Jahren eine sehr zweifelhafte Methode, derartiges Geldverschwinden wieder auszugleichen – sie machen bekanntlich immer mehr Schulden.

Auch die Staatsschulden werden verharmlost

Die obige Überlegung bezüglich des Vergleiches mit dem BIP ist selbstverständlich auch auf die Angaben der Staatsschuld und der jeweiligen Neuverschuldung anzuwenden. Auch hier werden Äpfel durch Blaubeeren dividiert, wohl um die Zahlen klein aussehen zu lassen.

Wenn ein Staat genau jene von der EU gestatteten 3% Neuverschuldung (fälschlich am BIP

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

gemessen) macht, so erhöht er in Wahrheit seine Geldmenge **um 36%.**

Produziert nun der deutsche Staat aber nominal 4% Neuverschuldung, dann hat er die Geldmenge rechnerisch um 48% erhöht.

Wer sich nun ein wenig mit Geldtheorie auseinandergesetzt hat und vielleicht die Quantitätsgleichung nach Irving Fisher kennt wird aufschreien und einwenden, die obige Rechnung müsse falsch sein. Wo bliebe denn die Inflation, die aus dieser Geldvermehrung zwangsläufig resultieren müßte?

Die Rechnung ist zwar zugegeben nicht absolut präzise, aber sie zeigt jedenfalls, daß beim Geld etwas in große Unordnung geraten ist, wenn eine staatliche Aufstockung der Geldmenge in einem solchen Ausmaß vorgenommen werden muß und dennoch keine Inflation sichtbar wird.

Genaues Nachdenken bringt einem aber auf die folgende Frage:

Fließt die ganze Neuverschuldung nun tatsächlich in die Wirtschaft? - Erhöht sie tatsächlich die umlaufende Geldmenge? - Dient uns diese Verschuldung noch?

Mit dieser Frage treffen wir den Punkt.

Es ist nämlich mittlerweile bereits so, daß der Staat die Schulden nicht mehr aufnimmt, um die Wirtschaft anzukurbeln, sondern nur, um die alten Schulden plus Zinsen überhaupt noch bezahlen zu können. Die Neuverschuldung deckt hauptsächlich die zu zahlenden Zinsen ab und dieses Geld kommt gar nicht mehr in die Wirtschaft. Aber wehe, wenn diese Zinsen tatsächlich aus den Steuern bezahlt werden müßten.

Fortsetzung auf Seite 6



Wie können Sie dabei mithelfen? Nutzen Sie eine oder mehrere der folgenden Möglichkeiten:

Mitarbeit bei den AKTIONSTAGEN – siehe Terminliste auf der Rückseite. Einfach hinkommen (warm anziehen), auch mit einem halben Tag oder ein/zwei Stunden ist uns sehr geholfen. Flugblätter verteilen, beim Ausfüllen der Unterschriftenlisten behilflich sein, Meinungen mit anderen Bürgern austauschen. Wir freuen uns auf Sie!

EU-Austritts-FLUGBLÄTTER anfordern und von zuhause aus an Freunde/Bekannte/Arbeitskollegen zum Unterschreiben weitergeben. Bestellung per beiliegendem Erlagschein, Zusendung erfolgt mit der Post.

EU-Austritts-PLAKAT anfordern und beim Wohnungseingang, im Hausflur oder an sonstigen Anschlagmöglichkeiten aushängen.

Der Text des Plakats lautet: „Austritt aus der EU, damit Österreich wieder ein freies und neutrales Land wird. Überparteiliche Unterschriftenaktion.“ Weiters angeführt sind einige Argumente für den Austritt aus der EU und der Aufruf „Wiedergewinnung der bewährten Neu-

tralität Österreichs nur möglich bei Austritt aus der EU“ sowie der Hinweis: „Unterschriftenlisten und Unterlagen bei“. An dieser Stelle können Sie Ihre oder eine andere dafür geeignete Kontaktadresse angeben. Gewerbetreibende könnten z.B. an dieser Stelle „hier im Geschäft“, „in diesem Lokal“ o.ä. angeben.

Plakatzusendung (es können natürlich auch mehrere angefordert werden per Erlagschein-Bestellung möglich. Das Plakat ist in drei Größen (jeweils Hochformat) verfügbar: A1 (60x84 cm), A2 (42x60cm), A3 (30x42cm).

Rot-weiß-roten ANSTECKKNOPF „Österreich wird wieder frei werden“ **anfordern.**

Zusendung dieser 5,5cm im Durchmesser großen Buttons ebenfalls per Erlagschein-Bestellung. Ein Stück kostet 2 Euro, 5 Stück kosten 9 Euro, ab 10

Stück beträgt der Preis 1,50 Euro pro Stück, jeweils plus Portokosten.



Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 15 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter. Seit 1990 (!) liegt der **Schwerpunkt unserer Arbeit** bei der Aufklärung über das Menschen- und Naturverachtende künstliche Gebilde namens Europäische „Union“. Sowohl Jahre vor der EU-Abstimmung 1994 als auch danach ist die IHU eine der aktivsten Organisationen im EU-Widerstand und war auch die Keimzelle und Hauptbetreiberin des **ÜBERPARTEILICHEN VOLKSBEGEHRENS FÜR DIE NEUAUSTRAGUNG DER EU-ABSTIMMUNG** im Dezember 2003; Obfrau Inge Rauscher war Bevollmächtigte des Volksbegehrens. Der notwendige Austritt aus der EU bleibt unser Arbeits-Schwerpunkt der nächsten Jahre.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe.

Nun hat die EU ihren Mitgliedern noch eine zweite unlösbare Aufgabe gestellt:

Die Staatsschulden sollen 60% des BIP nicht übersteigen.

Nach unserer Erkenntnis heißt das aber:

Die Staatsschulden dürfen 720% des umlaufenden Geldes ausmachen.

Was in der üblichen Sprachregelung noch harmlos aussieht, entpuppt sich in der Realität als sehr gewaltig.

Es drängt sich nämlich sofort die Frage auf: Wie kann man mit der verfügbaren Geldmenge das Sieben- oder Achtfache an Schulden je bezahlen?

Es gibt nun sicher ganz Schlaue, die meinen, wenn das Geld eben sieben- oder achtmal umliefe, dann ginge das.

Nur realiter sieht das anders aus. Der überwiegende Teil der Staatsschulden wurde über Staatsanleihen gemacht, welche regelmäßig von jener Bevölkerungsschicht gekauft werden, die ihr Geld nicht gänzlich ausgibt und daher einiges davon anlegt. Gäbe der Staat nun alles erreichbare Geld diesen Anleihenbesitzern zurück, dann wären die Schulden zwar erst zu einem Siebentel getilgt, aber alles Geld wäre bereits aus der Wirtschaft verschwunden. Ein Teil der Geldsammler hätte das Geld bekommen, aber genau diese Personengruppe neigt nun zum Horten des erhaltenen Geldes bzw. wartet einfach darauf, daß der Staat gezwungen ist, wieder eine neue Anleihe aufzulegen. So aber kommt man nie aus dem Teufelskreis der Staatsverschuldung heraus. Wenn das Geld immer nur wieder als Leihgabe zum Staat zurückkommt, werden die Schulden immer mehr und nicht weniger.

Wir sind durch die 30-jährige Praxis des Staatsschuldenmachens in eine fast unentrinnbare

Falle geraten. Die EU hilft uns sicher nicht aus dieser heraus, weil sie offenbar gar nicht fähig oder willens ist, diese zu erkennen: Die Zwänge, die sich aus dieser Fallensituation ergeben, werden die Staaten und die EU handlungsunfähig und insbesondere die Nettozahler EU-kritisch werden lassen.

Jetzt hat die EU aber noch eines draufgesetzt und will ihre Mitglieder verpflichten, der Dritten Welt 0,7% des BIPs als Entwicklungshilfe zu überlassen. Jetzt hat die EU aber noch eines draufgesetzt und will ihre Mitglieder verpflichten, der Dritten Welt 0,7% des BIPs als Entwicklungshilfe zu überlassen.

Aber wiederum geht es nicht um Warenlieferungen, sondern um Geld. **0,7% des BIPs sind aber mehr als 8% des umlaufenden Geldes** und es gibt kaum Sicherheit, daß dieses Geld jemals zu unserer Wirtschaft zurückfließt. Eher landet es auf Schweizer Nummernkonten. Korruption ist in der Dritten Welt nicht einmal ein Kavaliersdelikt. Oder das Geld landet als Zinszahlung bei irgendeiner Bank. Man hat die Dritte Welt ja gekonnt auch in die Schuldenfalle getrieben.

Den Entwicklungsländern hingegen Geräte im Umfang von 0,7% unseres BIPs zu schenken, wäre kein Problem. Sogar die Überlassung alter Maschinen und Werkzeuge wäre eine bedeutende Hilfe, die uns wenig kosten würde.

Durch diese Wahnsinnsforderung an Geldabfluß bringt sich die EU demnächst aber selbst ums Leben. Ihre Vertreter rechnen leider falsch. Das Ableben dieser auf Sand gebauten Gemeinschaft ist so gut wie sicher. **Aber wie überleben wir?**

Der Verfasser dieses Artikels ist Wirtschaftsanalytiker; Näheres zum Thema kann unter <http://members.eunet.at/gerhard.margreiter> nachgelesen werden.

Was ist die FLAT TAX ?

Ein spezieller Steuertarif, der die Reichen begünstigt und kleinere Einkommen stärker belastet als die üblichen, sozialen Tarife.

von Dr. Franz Schneider

In Österreich wird der **Gesamtlohn pro Kalenderjahr** als Block versteuert, ausgenommen Weihnachts- und Urlaubsgeld, und zwar nach folgendem Schema: Zuerst wird vom Jahresbruttolohn der Teil abgezogen, der steuerfrei ist. Das sind Pensions-, Krankenkassen- und Kirchenbeitrag, Ausgaben für Arbeitskleidung usw. Für den übrigen Teil, die Bemessungsgrundlage, gilt derzeit folgender **Steuersatz**:

Für die ersten 10.000 Euro null (Freibetrag), für die nächsten 15.000 Euro 38,333 Prozent, für weitere 26.000 Euro dann 43,596 Prozent und für den Rest (alles über 51.000 Euro) 50 Prozent. So ein Tarif heißt **progressiv**, weil der Prozentsatz steigt. Vom so berechneten Wert werden dann Absetzbeträge abgezogen je nach Familienstand: Arbeitnehmer, Pensionist, Alleinverdiener, Kinderzahl usw. Beispiel: Eine Bemessungsgrundlage von Euro 30.000 = $10.000 + 15.000 + 5.000$ ergibt $10.000 \times 0 + 15.000 \times 0,38333 + 5.000 \times 0,43596 = 7929,75$ Euro Steuer. Die würde dann, um die Absetzbeträge reduziert, auf die zwölf Monatslöhne verteilt kassiert.

Offensichtlich ist dieser Tarif mit **0/38,3/43,6/50** Prozent völlig verzerrt, die mittleren Stufen sind viel zu hoch und sollten bei 16,6 und 33 Prozent liegen. Bis zu unserem EU-Beitritt war der Tarif auch ausgeglichen. Dann brauchte die Regierung viel mehr Geld; also wurde durch raffinierte Manipulationen des Tarifs die Steuerbelastung im unteren Bereich bis zu 26 Prozent erhöht, für die Reichen aber nur um EIN Prozent!

Bei einer **Flat Tax** würden die beiden Zwischenstufen entfallen, für den gesamten Lohn über dem Freibetrag wäre der **Steuersatz 50%**. Das würde Einkommen über 10.000 Euro enorm belasten, alle Lohnsteuerzahler total ausplündern, viele Wähler würden sich dafür rächen. Deshalb müßte der Freibetrag angehoben werden, z.B. auf 12.000 Euro, und der Spitzensatz auf 45 Prozent gesenkt. Übrig bleibt in jedem Fall eine Mehrbe-

lastung kleinerer Einkommen und ein Vorteil für die Reichsten, wie die Grafik beweist: Die Länge der schwarzen Linie zeigt die Steuer für einen progressiven Tarif, die punktierte gilt für eine Flat Tax. Und die ist im mittleren Bereich zwangsläufig höher und bei hohen Einkommen immer niedriger als ein progressiver Tarif.

Deshalb wird die Einführung der FLAT TAX auch von den Reichen verlangt, nicht zuletzt dem Industriellenkreis, mitsamt einer weiteren **Senkung des Spitzensatzes** (er wurde schon von **62 auf 50%** reduziert!) Ob die Politiker diesen neuen „Freundschaftsdienst“ wagen (von dem auch die Herren Minister profitieren würden), wird sich zeigen. Lukrativ wäre er auf jeden Fall: Wenn man zwei Millionen **Draufzahlern** im Jahr nur je **100 Euro nimmt**, merkt das keiner, es bringt aber **zweihundert Millionen**. Damit könnte man den 10.000 Reichen im Schnitt **10.000 Euro** Steuer schenken und den 1000 Einkommensmillionären sogar **je 100.000!** Die sind dafür sicher dankbar. Vielleicht gibt's dann mehr als nur eine Homepage für den Finanzminister?

Der Autor war jahrzehntelang Mittelschulprofessor für Mathematik. Er ist gerne bereit, Interessenten nähere Informationen zu diesem Thema auf Anfrage zuzusenden.

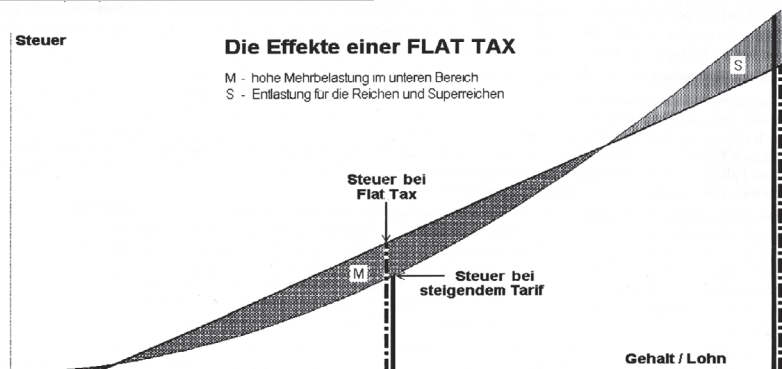
Kontaktadresse:

Dr. Franz Schneider,
5020 Salzburg, Barisanistrasse 8.

P.S. Laut Bericht der amtlichen „Wiener Zeitung“ vom 7. Oktober 2005 erklärte **das BZÖ** in seiner kürzlichen Klubklausur die Flat Tax vorerst unter dem Namen „Business Tax“ zum Ziel seiner wirtschaftspolitischen Bemühungen. Zunächst sollte aber laut BZÖ-Wirtschaftssprecher Bucher der Spitzensteuersatz erst ab einem Einkommen von 7.000 Euro **monatlich** (über 96.000,- ÖS) gelten und nicht „schon“ ab 4.250 Euro (rund 58.500,- ÖS).

Es ist ziemlich sicher damit zu rechnen, daß auch die anderen Parteien dieses „Ziel“ haben, ob sie dies nun vor oder nach den Nationalratswahlen von 2006 offen aussprechen werden.

Denn BZÖ-Chef Haider hatte laut eigener Aussage schon immer das Ziel, „die anderen vor sich herzutreiben“. Oder war es sein Auftrag? Wie auch immer, schon der Name „Flat Tax“ (wörtlich „flache“, quasi niedrige Steuer) ist irreführend, aber vielleicht wird man (= die jeweilige Regierung) die Flat Tax dann unter dem Tarnwort **„gleiche Steuer für alle“** verkaufen?! Nur ist gleich eben selten wirklich gleich, damit wurde George Orwell schon 1951 mit seinem Buch „Farm der Tiere“ (Animal Farm) berühmt, das in der zeitlosen Aussage gipfelte: **„Alle sind gleich, nur manche sind gleicher!“** Im englischen Original: „All animals are equal, but some are more equal.“ Und diese Art der GLEICHHEIT anstatt (Leistungs-)GERECHTIGKEIT würde auch die „gleiche Steuer für alle“ zur Folge haben...



Ein Blick genügt: Bei der Flat Tax werden die Reichen beschenkt, die Anderen zahlen immer drauf!

FÜR DEN Austritt AUS DER EU !

Aktueller Stand: über zehntausend Unterschriften

AKTIONSTAGE (Unterschriften-Stände) IM OKTOBER, NOVEMBER, DEZEMBER Terminliste bitte aufheben und mitmachen!

jeweils von 10 bis 17 Uhr

STEIERMARK

Donnerstag, 27. Oktober, BRUCK/MUR
Hauptplatz/Herzog Ernst-Gasse,
vor „Ankerbrot“-Filiale

Freitag, 28. Oktober, GRAZ,
Hauptplatz vor'm Rathaus

Samstag, 29. Oktober, GRAZ
Jakominiplatz/Verkehrinsel

OBERÖSTERREICH / SALZBURG

Mittwoch, 2. November, WELS
Ecke Ringstraße/Bäckergasse (FUZO)

Donnerstag, 3. November, SALZBURG-STADT
beim Schrankenmarkt Nähe Mirabell-Garage
(Achtung Ausnahme: von 8 – 13 Uhr!!)

Freitag, 4. November, SALZBURG-STADT
am „Platzl“ Richtung Linzergasse

Samstag, 5. November, LINZ
am Taubenmarkt

NIEDERÖSTERREICH / BURGENLAND

Donnerstag, 27. Oktober, ST.PÖLTEN
Riemerplatz (Achtung Ausnahme von 9–13 Uhr!!)

Donnerstag, 17. November, MATTERSBURG
Hauptplatz Nähe „Mondo“

Freitag, 18. November, EISENSTADT
Hauptplatz Mitte bei Café „Steiner“

Freitag, 9. Dezember, KREMS
Landstraße gegenüber „Mohren-Apotheke“

WIEN

Freitag, 4. November, FÜNFHAUS
vor U-Bahnaufgang „Meiselmarkt“

Dienstag, 8. November, MEIDLING
Meidling-Hauptstr./Niederhofstraße beim „Platzl“

Donnerstag, 10. November,
SCHOTTENPASSAGE, "Jonas-Reindl"

Freitag, 11. November, LANDSTRASSE
vor'm Schnellbahn- und U-Bahnhof

Dienstag, 15. November, FLORIDSDORF
vor'm Schnellbahn- und U-Bahnhof

Montag, 14. November, HEILIGENSTADT
vor'm Bahnhof

Mittwoch, 23. November, MARIAHILF
Ecke Mariahilferstraße/Amerlingstraße
gegenüber Café „Ritter“

Freitag, 25. November, BRIGITTENAU
vor U-Bahnaufgang „Handelskai“
Nähe Eingang zum EKZ „Milleniumsturm“

Samstag, 26. November, FAVORITEN
Reumannplatz U-Bahnaufgang Quellenstraße

Dienstag, 29. November, KAGRAN
U-Bahnaufgang gegenüber „Donauzentrum“

Donnerstag, 1. Dezember, FÜNFHAUS
vor U-Bahnaufgang „Meiselmarkt“

Samstag, 10. Dezember, STEPHANSPLATZ
beim U-Bahnaufgang Kärntnerstraße

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

15. Jahrgang, Folge 4, Oktober 2005

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer